



In der Orthopädie-Fachklinik »Holsing Vitale« in Preußisch Oldendorf zeigt Bewegungstherapeutin Meike Greve dem Patienten Henry Schönbrunn, wie er das Trainingsgerät richtig benutzt. Abends steht der Trainingsraum Kunden als Fitnessstudio offen. Fotos: Althoff

Mehr Pflegekräfte: Rehakliniken fühlen sich abgehängt

Abwandern von Mitarbeitern in Krankenhäuser befürchtet

■ Von Christian Althoff

Pr. Oldendorf (WB). Reha-kliniken haben die Sorge, dass im kommenden Jahr viele Pflegekräfte in Krankenhäuser oder Pflegeheime abwandern. Denn dort werden die Arbeitsbedingungen besser, und es lockt mehr Geld.

Vergangene Woche hat der Bundestag das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz verabschiedet. Zu den Neuerungen gehört: Jede zusätzliche Pflegekraft am Krankenhausbett wird ab 2019 von den Krankenkassen bezahlt, auch Pflegeheime bekommen mehr Pflegestellen. Und es gibt Geld, damit Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen für ihre Mitarbeiter Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.

Jens Friedrich Holsing leitet in zwölfter Generation eine Rehaklinik in Bad Holzhausen, einem Ortsteil von Preußisch Oldendorf am Wiehengebirge. »Es ist gut, dass die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte jetzt verbessert werden. Aber warum spielen wir Rehakliniken in dem Gesetz überhaupt keine Rolle?«, fragt er.

Etwa 1900 Patienten werden jedes Jahr stationär in der Orthopädie-Rehaklinik »Holsing Vitale« versorgt, 250 ambulant. Rentenversicherungen schicken viele junge Menschen mit Rückenproblemen und Symptomen psychischer Überlastung in die dreiwöchigen Kuren, Krankenversicherungen weisen vor allem ältere Patienten nach Knie-, Hüft- und Schulteroperationen ein.

150 Mitarbeiter beschäftigt Jens Friedrich Holsing in seinem 170-Betten-Haus, und es ist kein einfaches Geschäft. »Ich muss mit jeder Krankenkasse aushandeln, wieviel Geld wir für eine Reha bekommen.« Umgerechnet auf den Tag seien das etwa 100 Euro – mal etwas mehr, mal etwas weniger. »Der Betrag beinhaltet das Einzelzimmer, das Essen, die Betreuung durch Pflegekräfte, Therapeuten und Ärzte, und die Medikamente. Auch unsere Investitionskosten und andere Dinge müssen davon bestritten werden.«

Es sei deshalb schon jetzt nicht möglich, bei den Gehältern der Pflegekräfte mit Krankenhäusern mitzuhalten. »Unser Vorteil ist im Moment noch, dass die Arbeit vielleicht nicht so stressig und psychisch belastend ist wie in einem Akutkrankenhaus oder



Unternehmer
Jens Friedrich Holsing

einem Pflegeheim.« Doch wenn 2019 Tausende neuer Krankenschwestern und Pfleger gesucht würden, führe das auch in Krankenhäusern zu besseren Arbeitsbedingungen. »Und dann droht den Rehakliniken ein Mitarbeiterverlust.« Das Gesetz sei wettbewerbsverzerrend und eine einseitige Subventionierung der Pflege in Krankenhäusern und Pflegeheimen, kritisiert auch Joachim Stapper-Mürer, Geschäftsführer des NRW-Landesverbandes der Privatkliniken.

Die mögliche Gefahr des neuen Gesetzes hatten Jens Friedrich Holsing und viele Kollegen rechtzeitig erkannt und deshalb Landtags- und Bundestagsabgeordnete

um Intervention gebeten. »Aber das hat bisher nichts gebracht.«

Oliver Ewald, Sprecher im Bundesgesundheitsministerium: »Die Gefahr, dass Reha-Einrichtungen scharenweise Mitarbeiter weglauen, sehen wir nicht.« Das Ministerium gehe davon aus, dass sich künftig mehr Menschen für Pflegeberufe interessieren. »Und davon werden dann auch die Rehaeinrichtungen profitieren.«

Jens Friedrich Holsing bezweifelt das. Und die Bedingungen für seine Mitarbeiter zu verbessern, indem er höhere Pauschalen mit den Kassen aushandelt – diese Möglichkeit sieht er nicht. »Es gibt zwar seit einigen Jahren eine Schlichtungsstelle, in der ich meine Kosten darlegen könnte. Wahrscheinlich würde ich sogar erreichen, dass eine höhere Pauschale anerkannt wird. Und dann? Die betreffende Krankenkasse würde mir einfach keine Patienten mehr zuweisen, und das können wir uns nicht leisten.« Als kleiner bis mittlerer Familienbetrieb habe er keine Marktmacht, sagt der Klinikchef. »Große Ketten mit Hunderten von Betten haben es etwas leichter. Die können von den Kostenträgern nicht einfach so fallen gelassen werden. Deshalb können sie mehr aushandeln.«